

Schweizerischer Städteverband  
Union des villes suisses  
Unione delle città svizzere



# Sessionsvorschau

Frühjahrs-session Ständerat

Publikationsdatum: 16.02.2023





## Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial</b>		<b>3</b>
<b>Ratsgeschäfte</b>		<b>4</b>
21.019 — Mehrwertsteuergesetz. Teilrevision	<b>Annahme</b>	4
22.4452 — Sicherstellung eines funktionierenden Ressourcenausgleichs innerhalb der Schweiz als Folge der OECD-Mindeststeuer	<b>Annahme</b>	4
22.4290 — Wohnungsnotstand in der Schweiz. Analyse der tiefen Leerwohnungsquote und mögliche Ansätze zu deren Entschärfung	<b>Annahme</b>	4
22.4289 — Mietexplosion in der Schweiz. Analyse der massgeblichen Faktoren für die Preisentwicklung der Wohnungsmieten in der Schweiz seit 2002	<b>Annahme</b>	5
22.3892 — Förderung der Baukultur von hoher Qualität	<b>Annahme</b>	5
22.404 — Für eine wirklich erleichterte Einbürgerung der dritten Generation	<b>Annahme</b>	5
22.022 — Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben. Bundesgesetz	<b>Anpassung</b>	5
<b>Impressum</b>		<b>7</b>



## Editorial

In der Frühjahrssession 2023 beraten Sie im Ständerat einige Vorlagen, die für die urbane Schweiz von zentraler Bedeutung sind. Gerne präsentieren wir Ihnen im Rahmen dieser Sessionsvorschau die Haltung des Schweizerischen Städteverbands zu ausgewählten Geschäften.

Der Schweiz droht eine Wohnungsnot. In einigen Städten ist Wohnraum bereits knapp, vor allem die Räume Zürich und Genf sind betroffen. Aber auch in anderen Regionen zeigt sich eine Anspannung der Wohnsituation. Zwei Postulate verlangen, die Gründe für die tiefe Leerwohnungsquote und die steigenden Mieten zu eruieren und Massnahmen dagegen vorzuschlagen. Der Städteverband begrüsst eine solche Analyse, um gegen die sich verschärfende Wohnraumknappheit effizient vorgehen zu können. Er unterstützt auch das Postulat Schönenberger-Gmür, laut welchem der Bundesrat überprüfen soll, ob im Nationalen Finanzausgleich ein Anpassungsbedarf besteht, falls mit der Einführung der OECD-Mindeststeuer die Disparitäten zwischen den Kantonen unverhältnismässig zunehmen. Schliesslich empfiehlt der Städteverband die Vorlage zur erleichterten Einbürgerung der dritten Generation anzunehmen. Es ist aus Städtensicht wichtig, dass Personen, die bereits in der dritten Generation in der Schweiz leben und deren Integration entsprechend nicht bestritten werden kann, auf einfache Weise Schweizer Bürgerinnen und Bürger werden können.

Die Position des Städteverbandes zu diesen und weiteren Geschäften finden Sie in der vorliegenden Sessionsvorschau. Wir wünschen Ihnen eine gute Session und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse und eine gute Lektüre

Martin Flügel  
Direktor



Der Städteverband – die Stimme der urbanen Schweiz

Drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben in Städten und städtischen Gemeinden. Der **Schweizerische Städteverband** setzt sich für die Anliegen dieser urbanen Schweiz ein – um unser Land insgesamt voranzubringen.



## Ratsgeschäfte

### 21.019 Geschäft des Bundesrates **Mehrwertsteuergesetz. Teilrevision**

Dienstag, 28. Februar 2023                      Ständerat

**Position:** Die fortschreitende Digitalisierung und Globalisierung der Wirtschaft erfordern Anpassungen bei der Mehrwertsteuer, um ihre gleichmässige Erhebung sicherzustellen. Die Vorlage umfasst verschiedene Änderungen des Mehrwertsteuergesetzes in den Bereichen Steuerpflicht, Steuerabrechnung und Steuersicherung. Neu sollen alle von Gemeinwesen ausgerichteten Subventionen von der Mehrwertsteuer befreit werden, wenn sie zur Erfüllung grundlegender gesetzlicher Aufgaben ausgerichtet werden. Die Städte und Gemeinden befürworten eine solche Regelung.

**Empfehlung:** Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage anzunehmen.

### 22.4452 Postulat Gmür-Schönenberger (M-E/LU) **Sicherstellung eines funktionierenden Ressourcenausgleichs innerhalb der Schweiz als Folge der OECD-Mindeststeuer**

Dienstag, 28. Februar 2023                      Ständerat

**Position:** Der Bundesrat wird beauftragt, im Rahmen des NFA-Wirksamkeitsberichts 2026-2029 zu prüfen, ob beim NFA Anpassungsbedarf besteht, falls mit der Einführung der OECD-Mindeststeuer die Disparitäten zwischen den Kantonen unverhältnismässig zunehmen. Der Städteverband hat seit Beginn der Umsetzung der OECD-Reform in der Schweiz darauf hingewiesen, dass die konkreten Auswirkungen auf den Finanzausgleich untersucht werden müssen und bei einer starken Zunahme der Disparitäten zwischen den Kantonen allfällige Korrekturen nötig sind.

**Empfehlung:** Der Städteverband empfiehlt, das Postulat anzunehmen.

### 22.4290 Postulat Müller (FDP-Liberale/LU) **Wohnungsnotstand in der Schweiz. Analyse der tiefen Leerwohnungsquote und mögliche Ansätze zu deren Entschärfung**

Montag, 6. März 2023                              Ständerat

**Position:** Mit dem Postulat Müller soll der Bundesrat aufzeigen, was die Gründe für die tiefe Leerwohnungsquote der Schweiz sind. Darauf basierend soll er Massnahmen evaluieren und darlegen, wie die tiefe Leerwohnungsquote entschärft werden kann - sowohl mittelfristig als auch langfristig. Seit Anfang 2022 ist die Leerwohnungsziffer schweizweit von 1,54 Prozent auf 1,31 gefallen. Vor allem in den Städten und den Agglomerationen übersteigt die Nachfrage nach Wohnungen das Angebot und die Mieten steigen. Um dem aktuellen Wohnraummangel entgegenwirken zu können, begrüsst der Städteverband eine ergebnisoffene Analyse, die Gründe und mögliche Massnahmen dagegen darlegt.

**Empfehlung:** Der Städteverband empfiehlt, das Postulat anzunehmen.



22.4289 Postulat Müller (FDP-Liberale/LU)

**Mietexplosion in der Schweiz. Analyse der massgeblichen Faktoren für die Preisentwicklung der Wohnungsmieten in der Schweiz seit 2002**

Montag, 6. März 2023

Ständerat

**Position:** Die Wohnungsmieten sind in der Schweiz in den vergangenen zwei Jahrzehnten stark gestiegen. Um die Gründe dieser Preisentwicklung in der Schweiz nachvollziehen zu können, soll der Bundesrat eine entsprechende Analyse durchführen, so der Auftrag des Postulats. Die Untersuchung soll für alle Ebenen (aggregiert für die Schweiz, Städte, Agglomerationen und Gemeinden) durchgeführt werden wie auch spezifisch für die Städte Basel, Bern, Genf, Lausanne, Luzern, St. Gallen, Winterthur und Zürich. Da Agglomerationen im besonderen Masse vom Mietanstieg betroffen sind, begrüsst der Städteverband eine solche Analyse.

**Empfehlung:** Der Städteverband empfiehlt, das Postulat anzunehmen.

22.3892 Motion UREK-NR

**Förderung der Baukultur von hoher Qualität**

Mittwoch, 15. März 2023

Ständerat

**Position:** Die Motion schlägt vor, die Baukultur im Rahmen der Kulturbotschaft 2025-2028 statt der Biodiversitätsinitiative zu behandeln. Der Städteverband unterstützt die Motion und damit die Auflage, alle raumwirksamen Tätigkeiten nachhaltig und qualitativ abzuwickeln. Das Bundesamt für Kultur (BAK) bietet sich mit seiner Fachstelle als Drehscheibe für die geplanten Förderaktivitäten an. Es gilt jedoch im Besonderen auf eine adäquate Finanzierung zu achten, die nicht zu Mehrausgaben für die Kantone und Städte führt.

**Empfehlung:** Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage anzunehmen.

22.404 Parlamentarische Initiative SPK-NR

**Für eine wirklich erleichterte Einbürgerung der dritten Generation**

Mittwoch, 8. März 2023

Ständerat

**Position:** Das Bürgerrecht soll angepasst werden, um die Einbürgerung der dritten Generation effektiv zu erleichtern, da das bisherige erleichterte Verfahren nicht zielführend ist. Für die Städte ist dieses Anliegen von wesentlicher Bedeutung, weil sie auf eine aktive Zivilgesellschaft angewiesen sind, die ihre politischen Rechte und Pflichten wahrnimmt. Es ist aus Städtensicht wichtig, dass Personen, die bereits in der dritten Generation in der Schweiz leben und deren Integration entsprechend nicht bestritten werden kann, auf einfache Weise Schweizer Bürgerinnen und Bürger werden können. Mit der Annahme der Vorlage kann ein Vorschlag erarbeitet werden, der die Einbürgerung der dritten Generation tatsächlich erleichtert.

**Empfehlung:** Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage anzunehmen.



22.022 Geschäft des Bundesrates

**Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben. Bundesgesetz**

Donnerstag, 16. Februar 2023

SPK-NR

Donnerstag, 2. März 2023

Nationalrat

evtl. Mittwoch, 8. März 2023

Ständerat

**Position:** Der vermehrte Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben steht nicht nur beim Bund, sondern auch bei den Kantonen, Städten und Gemeinden im Zentrum der fortschreitenden Digitalisierung der Verwaltung und der diesbezüglichen Ausgestaltung der Beziehungen und des Austauschs mit ihren Einwohnerinnen und Einwohnern. Der Geltungsbereich dieses Gesetzes soll wie vom Bundesrat vorgeschlagen grundsätzlich für die zentrale Bundesverwaltung gelten. Es ist auch richtig, dass der Bundesrat Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung diesem Gesetz oder Teile davon unterstellen kann. In seiner ersten Lesung wollte der Nationalrat die Geltung dieses Gesetzes oder Teile davon auch auf die Verwaltungen der Kantone – und infolgedessen der Städte – ausdehnen. Der Städteverband lehnt diesen Eingriff in die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen ab. Die Digitalisierung soll zwar zwischen den Staatsebenen abgestimmt werden, dies muss aber im Rahmen der Digitalen Verwaltung Schweiz DVS stattfinden, wo Bund, Kantone, Städte und Gemeinden vertreten sind.

**Empfehlung:** Der Städteverband empfiehlt dem Ständerat, beim Art. 2, Abs. 1, 2 und 2<sup>bis</sup> an seiner Position festzuhalten.



## Impressum

Schweizerischer Städteverband SSV  
Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern  
Telefon 031 356 32 32  
[info@staedteverband.ch](mailto:info@staedteverband.ch)  
[www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)  
twitter: [@staedteverband](https://twitter.com/staedteverband)  
[LinkedIn](#)